



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Nochmals der leere Reichstag. In Nr. 12 der Grenzboten befindet sich Seite 608 ein Vorschlag, wie der häufigen Beschlußunfähigkeit des Reichstags abzuhelfen sei: es wird verlangt, daß in der Reichsverfassung der Zusatz aufgenommen werde: „Wer dreimal ohne Erlaubnis fehlt, ist nicht mehr Abgeordneter.“

Dieser Vorschlag erscheint auf den ersten Blick sehr einleuchtend. Legt man sich aber die Frage vor: Welche Folgen werden entstehen, wenn der Reichstagspräsident von seinem neuen Rechte Gebrauch macht? so lautet die Antwort: Ununterbrochne Ersatzwahlen im ganzen Reiche und — Wiederwahl der alten Sünder!

Da nun jetzt der gerügte Übelstand, trotz aller Diäten, auch aus dem preussischen Abgeordnetenhanse gemeldet wird, so möchte ich, als alter Soldat, dem die gründlichste Abhilfe die liebste ist, ein andres, radikales Mittel in Vorschlag bringen. Man gebe den betreffenden Paragraphen der Reichsverfassung folgenden Wortlaut: „Durch jede Reichstagswahl wird für den betreffenden Wahlkreis ein Abgeordneter und ein Stellvertreter für ihn ernannt. Abgeordneter ist, wer relativ die meisten Stimmen erhalten, Stellvertreter, wer nach dem so gewählten Abgeordneten die meisten Stimmen auf sich vereinigt hat. Der Stellvertreter ist berechtigt, den Sitz im Reichstage einzunehmen und muß vom Präsidenten einberufen werden, sobald der Abgeordnete zwei Tage ohne Urlaub gefehlt hat und am dritten Tage, bei Beginn der Sitzung, nicht zur Stelle ist. Durch seinen Eintritt in den Reichstag wird der Stellvertreter ohne weiteres Abgeordneter. Der bisherige Abgeordnete rückt an die Stelle des Stellvertreters.“

Diese Bestimmungen würden auf die einzelnen Parteien eine durchgreifende Wirkung üben, daß jeder andre Druck auf die Abgeordneten überflüssig werden würde. Abgeordneter und Stellvertreter würden fast immer zwei schroff einander gegenüberstehenden Parteien angehören, und die Parteien wären natürlich aufs äußerste dabei interessirt, nur solche Kandidaten aufzustellen, die auch wirklich gesonnen wären, ihren Pflichten getreulich nachzukommen und Sorge trügen, daß ihre Sitze nicht an die Gegenpartei verloren gingen.

Ob die jetzigen Abgeordneten sehr geneigt sein würden, solchen Änderungen ihre Zustimmung zu erteilen, erscheint allerdings sehr zweifelhaft. Sie würden in solchen Bestimmungen einen unerhörten Zwang sehen, sie auch wohl nicht mit ihrer Würde in Einklang zu bringen wissen. Die Wähler aber würden anderer Ansicht sein, sie würden den unwürdigen Zustand berücksichtigen, der so häufig durch die leeren Bänke des Reichstags hervorgerufen wird; auch würden sie bedenken, daß der Präsident bei voll besetztem Hause die weiteste Rücksicht in der Beurteilung der Urlaubsgesuche walten lassen könnte, ohne die Beschlußfähigkeit in Frage zu stellen, und würden gern allen Maßregeln zustimmen, die die Herrn Abgeordneten veranlassen könnten, in der Pflichterfüllung dem ganzen Volke mit gutem Beispiele voranzugehen.

Der Einwand, daß bald Mangel an geeigneten Reichstagskandidaten eintreten würde, dürfte wenig stichhaltig sein. Unsere militärisch erzogene Nation hat sich jeder Notwendigkeit noch stets freudig unterzogen, warum nicht auch in diesem Falle? Sitzen doch alljährlich tausende von Geschwornen auf ihren Plätzen, ohne zu murren [?], und kann man doch bei jeder Behörde, namentlich in Berlin selbst,

beobachten, wie alle Beamten, mit geringen Urlaubsunterbrechungen, ihre Kräfte jahraus, jahrein, vom Morgen bis zum Abend, dem Staate widmen. Weshalb, fragt man da unwillkürlich, können die Herren Abgeordneten, die solche Beispiele immer vor Augen haben, nicht auch ihre Stunden abspitzen? Mögen sie doch die Verhandlungen, wenn sie ihnen zu langweilig werden, dadurch abkürzen, daß sie die vielen überflüssigen Worte ungesprochen lassen, die weder sie selbst rühren, noch das gelangweilte Zeitungspublikum, auf das sie gemünzt sind.

Mit einer Abänderung des Wahlgesetzes in diesem Sinne würden die Wähler sicher einverstanden sein. Sie würden bald spüren, daß ihre wahre Meinung besser zum Ausdruck gelangte, und würden froh sein, wenn die unerquicklichen Stichwahlen mit ihren häufig so unnatürlichen Ergebnissen aus der Welt geschafft wären.

Die Not der Landwirtschaft. Vor kurzem brachte die „Schlesische Zeitung“ einen sachmännischen Bericht „über die Lage der Landwirtschaft in den Ostprovinzen.“ Darin heißt es u. a.: „Die Mastung ist bei den dauernd weichenden Fettviehpreisen unlohnend geworden. Die Ursachen des Rückganges der Preise für Schlachtvieh aber sind in dem stark verminderten Fleischkonsum in Land und Stadt, der vielfach auf reichlich ein Drittel und mehr geschätzt wird, ferner in dem Verschluß des englischen Marktes zu suchen.“ Dieser Satz beleuchtet die heutige volkswirtschaftliche Weisheit von zwei Seiten. Um die Landwirtschaft rentabler zu machen, schraubt man durch künstliche Mittel die Fleischpreise in die Höhe; die Erhöhung der Fleischpreise hat die Verminderung des Fleischverbrauchs zur Folge, und die Mastung ist wieder so „unlohnend“ wie zuvor. Im vorliegenden Falle würde sie jedoch trotzdem vielleicht lohnend geblieben sein, wenn der englische Markt nicht versperrt worden wäre. Damit würde aber nur ein um so grelleres Licht auf die andre Seite der Sache gefallen sein. Der Volkswohlstand ist an der Gütermenge zu messen, die das Volk im Laufe eines Jahres verbraucht; so spricht die Vernunft, und so schreibt der alte Adam Smith. Ist demnach der Fleischverbrauch im letzten Jahre um ein bedeutendes heruntergegangen, so ist das Volk um so viel ärmer geworden. Wollte man berechnen, um wie viel, so müßte man nachsehen, den wievielten Teil des vorjährigen Gesamtverbrauchs, der gleichbedeutend ist mit dem Gesamteinkommen, dieses ausgefallne Drittel der Fleischmenge beträgt. Die Geldeinnahme der Landwirte aus England würde nur dann einen Ersatz darstellen, wenn sie sofort in Fleisch für deutsche Fleischesser zurückverwandelt würde. Aber es ist doch sehr fraglich, ob das geschehen sein würde. Übrigens geht die deutsche „Landwirtschaft,“ d. h. die Gesamtheit derer, die Bodenrente beziehen, vorläufig einer glänzenden Zukunft entgegen. In Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im deutschen Reich, Jahrg. 1891, hat W. Amcke, der die Dinge aus eigner genauer Anschauung kennt, über die Lage der Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten von Nordamerika im Jahre 1888 berichtet und nachgewiesen, daß vom Jahre 1894 ab Nordamerika gerade nur noch die für seine eigne Bevölkerung notwendigen Rohprodukte erzeugen wird. Hoffentlich steckt in der Berechnung ein Fehler und ist das Ergebnis darum so pessimistisch ausgefallen; so optimistisch, müßte man freilich im Sinne des Verfassers sagen. Er schließt nämlich mit dem Satze: „Als Ergebnis unsrer Untersuchung können wir die Überzeugung aussprechen, daß der Druck, den die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Vereinigten Staaten auf die Rentabilität des Ackerbaues in Deutschland seit einer Reihe von Jahren ausüben, mehr und mehr sich vermindern und in kurzer

Zeit ganz aufhören wird.“ Dann werden, gestatten wir uns fortzufahren, die Preise der Lebensmittel in Deutschland so hoch steigen, daß selbst mittlere und höhere Beamte ihr ganzes Einkommen zu „verspeisen“ genötigt sind, der Bodenpreis und die Bodenrente werden eine fabelhafte Höhe erreichen. Wie es dann noch weiter kommt, ist vielleicht aus den Zuständen einiger überbevölkerten Kreise des mittlern Deutschlands zu erraten, wo die Bodenpreise kläglich darnieder liegen, weil niemand mehr die Mittel hat, Boden und Bodenerzeugnisse zu kaufen.

Im Lande der Eidgenossen ist man gut, trinkt man gut, schläft man gut und wandert man gut, aber gemüthlich fühlt man sich dort nicht, wenigstens nicht der Deutsche. Daß der deutsche Reisende, obwohl er mehr Geld ausgiebt, weniger aufmerksam behandelt wird als der Engländer und der Franzose, daß die Speisekarten und die Rechnungen französisch und nicht deutsch geschrieben sind, ist eine alte Klage; weniger bekannt dürfte es sein, daß der Deutsche auch hinter dem Schweizer zurückstehn muß. Wer sich durch seine Mundart als Eidgenossen zu erkennen giebt, zahlt in den Gasthäusern bedeutend niedrigere Preise als der Fremde. Würde diese Vergünstigung nur den Handlungsreisenden zuteil, die oft in demselben Gasthose verkehren, so wäre gar nichts dagegen zu sagen, aber es genießen sie alle Eidgenossen ohne Unterschied. Die Schweizer Gastwirte dürfen sich nicht wundern, wenn der Besuch aus Deutschland von Jahr zu Jahr schwächer wird.

Steinerne Geschichtsfälschung. Die Bewohner des Hirschberger Thals erhalten ihre politische Bildung zum größten Teil von dem Berliner Tageblatt und dem geistesverwandten Boten aus dem Riesengebirge. Nur so ist es zu erklären, daß sie auf einem Obelisken, den sie in Schreiberhau dem Begründer des deutschen Reichs errichtet haben, lediglich die Reliefbildnisse der beiden ersten Kaiser, und zwar in völlig gleicher Ausföhrung, angebracht haben. Wer die Dinge ansieht, wie sie sind, der muß sich doch fragen, ob nicht auch andre Männer, z. B. ein gewisser Friedrich Karl oder Albert, Bismarck oder Moltke, mitgewirkt haben, und ob das Verdienst des damaligen Kronprinzen von Preußen ganz dasselbe gewesen ist wie das seines Vaters. Manchem fallen auch Stellen aus den Briefen des Kronprinzen an Max Duncker ein, z. B. vom 24. Juli 1865, wo er die Überzeugung ausspricht, daß Preußens Geschichte „auf den gegenwärtig betretenen Bahnen nicht heilsam und förderlich geleitet werden.“ Noch am 13. Juni 1866 schreibt der Führer der zweiten Armee aus Fürstenstein, daß ihn seine Pflicht rufe, „den Säbel zu ziehn für eine Frage, deren Entstehung einem System zugeschrieben werden muß, dem Sie sich mehr genähert haben, während ich mich ganz von demselben losgesagt.“ Der Kronprinz zog also wider seinen Willen in den Krieg, der die Grundlage für das neue Reich schaffen sollte. Mit demselben Verständnis hat man Aussprüche der beiden Monarchen gewählt. Unter dem Bilde Kaiser Friedrichs steht das Wort: Jeder meiner Unterthanen steht meinem Herzen gleich nahe. In die Sprache des Berliner Tageblatts überjegt heißt das natürlich: die Herren Cohn, Mosse und Levysohn sind mir ebenso lieb und wert wie Bismarck.

Zu den Sprachdummheiten. In den kürzlich erschienenen „Denkwürdigkeiten von Leopold v. Hasner“ wird von dem Kaiser von Oesterreich gesagt, er „gebiete über ein selten treues Gedächtnis.“ Der Verfasser war längere Zeit — Unterrichtsminister! Darf man es da einem Küster in Hildesheim übelnehmen, wenn er ein Relief der Domthür als „den Ausweis aus dem Paradiese“ erklärt?